

## **Working Lunch - Frieden um jeden Preis und Reformen im Konsens mit den Oligarchen**

**Dienstag, 29. September 2020, Online-Veranstaltung**

Die Veranstaltung „**Frieden um jeden Preis und Reformen im Konsens mit den Oligarchen**“ wurde am 29. September 2020 von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert und durchgeführt. Aufgrund der aktuellen Situation fand die Veranstaltung als Online-Diskussion in Form eines Working Lunch statt.

Zu Beginn der Veranstaltung richtete **Stephan Meuser**, Leiter des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung, einige Worte an das Publikum und begrüßte die Gäste. In seiner kurzen Einführung in die Thematik erläuterte er den Teilnehmenden die 3 zentralen Wahlkampfthemen des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Zum einen warb er damit, den Einfluss der Oligarchen auf die Politik zu minimieren und versprach, die Korruption in dem Land zu bekämpfen. Aber auch mit Blick auf den Konflikt in Donbass habe Selenskyj betont, er wolle Gespräche mit Putin aufnehmen und eine friedliche Einigung im Sinne der Ukraine erzielen.

Anschließend ergriff nun **Marcel Röthig**, Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Ukraine und Belarus, das Wort. Nach einem kurzen Rückblick auf den Wahlkampf in der Ukraine hob er noch einmal hervor, wie besonders die Umstände waren. Selenskyj sei mit einer Newcommer Partei angetreten, deren Mitglieder zumeist wenig bis gar keine Erfahrung in der Politik besaßen – ebenso wie Selenskyj selbst. Doch genau deshalb habe er zu seinem Amtseintritt über eine überraschende Zustimmung von über 70% der Bevölkerung verfügt. Die Menschen hätten viele Hoffnungen in ihn gelegt. Zu Beginn der Präsidentschaftsübernahme zeigte Selenskyj, dass es ihm ernst war und „**(...) er schien das gesamte Land umkrepeln zu wollen**“, so Röthig. Er habe ein neues Parlament wählen lassen, brachte viele Gesetze auf den Weg und stieß neue und weitreichende Reformen an. Dies sei unter anderem auch deshalb möglich gewesen, da er die Mehrheit des Parlaments hinter sich wusste, auch „Monomehrheit“ genannt. Doch habe sich auch gezeigt, dass diese „Monomehrheit“ nur schwer zu kontrollieren gewesen sei. Dies habe sich sich unter anderem dadurch geäußert,

dass schwerwiegende Entscheidungen mit nur wenig Diskussion beschlossen und als Gesetze durchgebracht wurden, wie beispielsweise die Aufhebung der Abgeordnetenimmunität. Nach dieser anfänglichen Zeit der „Turbo-Regierung“ sei nach und nach deutlicher geworden, dass dieses junge und unerfahrene Kabinett schlicht überfordert gewesen sei. Dieser Eindruck verschärfte sich nach dem Abhörskandal, in welchem Ministerpräsident Oleksij Hontscharuk Aussagen tätigte, nach denen die Regierung überfordert sei und nicht wisse, was sie tue. Später habe es große Wechsel im Kabinett gegeben und viele Minister\_innen wurden ausgetauscht. Durch die Corona-Situation verschärfte sich letztendlich die gesamte Situation. Der Gesundheitsminister wurde zweimal gewechselt und auch die Ukraine habe unter dem strikten Lock-Down gelitten, welcher deutlich strenger ausgefallen sei als der in Deutschland. Problematisch sei auch gewesen, dass das gesamte Gesundheitssystem dabei war sich zu reformieren und durch Corona völlig überfordert worden sei. Das Armutswachstum sei durch Corona von 27,2% auf 43,6% gestiegen. Letztendlich drohe dem Präsidenten und seiner Partei in den anstehenden Kommunalwahlen eine „krachende Niederlage“ und es sei damit zu rechnen, dass amtierende Bürgermeister, welche teilweise durch Korruptionsskandale stark umstritten seien, wiedergewählt werden würden, so Röthig. Selenskyj selbst gerate außerdem dadurch unter Druck, dass der ehemalige Präsident Poroschenko immer noch sehr aktiv in der Opposition arbeite und zahlreiche Verfahren gegen ihn eröffnet wurden, von denen anzunehmen sei, dass sie politisch motiviert sind. Unter Druck stehe Selenskyj auch durch Russland: Zwar habe sich seit seinem Amtseintritt viel in der Ostukraine getan, jedoch stecke er momentan in einem politischen Dilemma. Gehe er zu sehr auf Russland zu, so kriege er Probleme mit dem patriotischen Lager in seinem Land. Gehe er zu wenig auf Russland ein, so könne ihm die pro-russische Seite vorwerfen, lediglich die Politik seines Vorgängers Poroschenko fortzusetzen.

Nach dieser intensiven Einführung in die aktuelle Situation der Ukraine, übernahm **Johannes Schraps**, MdB und Berichterstatter für die Ukraine im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union, das Wort. Er bestätige die Aussagen Röthigs und betonte, dass die Erwartungen an Selenskyj vor seinem Amtsantritt extrem hoch waren. Er habe der ukrainischen Bevölkerung viel versprochen und zu Beginn seiner Amtszeit ebenso viel angepackt um diese Versprechen umzusetzen. Doch habe er sich letztlich der Realität stellen müssen, welche ihm vielfach Einhalt geboten habe. Es sei offenkundig, dass die Ukraine durch die pro-westlichen und pro-russischen Einstellung innerhalb der Bevölkerung extrem zerrissen ist. Schraps betonte, dass es wichtig sei, dass die Reformen aus dem Land selbst herauskommen und nicht von außen aufgezwungen werden, da dies letztlich nur Widerstand innerhalb der Gesellschaft erzeuge. Die aktuelle Realität habe Selenskyj gezeigt, dass eine Reformierung des Landes nicht so einfach ist. Zusätzlich gibt es auch in der Ukraine aktuell Spekulationen darüber, welche Kontakte der Präsident selbst zu den Oligarchen des Landes

unterhalte. Schraps selbst betonte, dass er dem Prozess skeptisch gegenüberstehe. Problematisch sei, dass häufig versucht werde sich bei Konfliktbewältigung zu engagieren, es aber immer nur ein Konflikt unter vielen sei. Auf die Publikumsfrage, ob die politischen Strukturen der Ukraine stärker als die Person des Präsidenten seien, antwortete Schraps: **„Selenskyj wurde gewählt, gerade weil er eben nicht mit dem politischen System verwoben war“**. Das Problem sei jedoch, dass die aktuelle Situation eine Gefahr für das demokratische System darstelle. Denn das Vertrauen der Bürger\_innen in die Regierung und den politischen Betrieb leidet noch stärker, wenn jemand, dem die Bevölkerung zugetraut habe sich davon zu distanzieren und von dem man gedacht habe, eben keine Verbindungen zu den Oligarchen zu haben, an der aktuellen Situation ebenfalls nichts ändern kann. Darin sehe er langfristig die größte Gefahr, die aus den momentanen Geschehnissen in der Ukraine resultieren könnte. Doch letztendlich könne nur die Zukunft zeigen, wie die Ukraine mit diesen Erfahrungen umgehen werde und wie sie die aktuellen Probleme langfristig zu lösen gedenkt.